

STATUTEN DES VEREINES

"Ärzte gegen Raucherschäden"

Anmerkung: Alle nachfolgenden Bezeichnungen von Personen sind geschlechtsneutral zu verstehen.

§ 1 NAME, SITZ und TÄTIGKEITSBEREICH

1) Der Verein führt den Namen Verein "Ärzte gegen Raucherschäden" und hat seinen Sitz in Wien.

2) Der Verein erstreckt seine Tätigkeit auf ganz Österreich.

3) Die Errichtung von Zweigvereinen i.S. des § 11 Vereinsgesetz 1951 ist nicht beabsichtigt.

§ 2 VEREINSZWECK

Der Verein, dessen Tätigkeit ausschließlich und unmittelbar wissenschaftlich und nicht auf Gewinn gerichtet ist, hat folgende Aufgaben:

a) Erforschung und Lehre der Zusammenhänge zwischen Tabak- und Nikotinkonsum und Gesundheitsschäden in der österreichischen Bevölkerung.

b) Kommunikation der Ergebnisse zur Tabakprävention, Raucherberatung und –entwöhnung im Sinne der Lehre mit wissenschaftlichem Niveau für die Allgemeinbevölkerung und spezielle Zielgruppen (Patienten-Selbsthilfegruppen, Medizinstudenten, Gesundheitsberufe, Journalisten, Politiker, etc.)

c) Förderung des Nichtraucher-schutzes auf Basis wissenschaftlicher Evidenz.

§ 3 MITTEL ZUR ERREICHUNG DES VEREINSZWECKS

1) Der Vereinszweck soll durch Einsatz aller dazu geeigneter ideeller und materieller Mittel erreicht werden.

2) Ideelle Mittel:

a) Erforschung von Zusammenhängen zwischen Tabakrauch und Krankheiten, deren allgemeinverständliche Darstellung für Aktiv- und Passivraucher, Politiker, Medien, Gesundheitsberufe, Lehrpersonal und andere Multiplikatoren;

b) Erforschung der Exposition beim Passivrauchen und deren Gesundheitsfolgen.

c) Interventionsstudien zur Reduzierung des Aktiv- und Passivrauchens.

d) Kommunikation des laufend aktualisierten Standes der internationalen Forschung zu Tabakrauch und Krankheit (Lebenserwartung und –qualität) mit Standes-

und Interessensvertretungen, Vereinen, Organisationen, Institutionen, Firmen, Einzelpersonen udgl.;

e) Herstellung von Druckwerken in Wissenschaftsjournalen und für die Allgemeinbevölkerung, von Filmen, Fernsehspots, Rundfunktexten, Exponaten; Veranstaltung von wissenschaftlichen und von allgemeinbildenden Vortragsveranstaltungen, Ausstellungen udgl.;

f) Abhaltung von Konferenzen für Tabak-Kontroll-Experten, Arbeitsgesprächen, Diskussionen udgl.;

g) Veranstaltung von wissenschaftlichen Tagungen;

h) Mitwirkung an Konferenzen, Ausstellungen, Messen und sonstigen Veranstaltungen, die zur Propagierung der Vereinsziele geeignet erscheinen;

i) Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit themenverwandten Institutionen des In- und Auslandes;

j) Fortbildungskurse und sonstige Ausbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet der Rauchererziehung und Raucherberatung für Ärzte und andere Gesundheitsberufe;

k) Dokumentation wissenschaftlicher, medizinischer, verhaltenspsychologischer, didaktischer, juridischer, wirtschaftlicher und technischer Erkenntnisse auf dem Gebiet von Raucherschäden, Nichtrauchererziehung und Raucherberatung, Durchführung entsprechender Studien, Koordination von einschlägigen Aktivitäten;

l) Durchführung kontinuierlicher Schwerpunktprogramme im Rahmen der Tabakprävention und Raucherberatung;

m) Beratung öffentlicher und privater Stellen über wissenschaftliche, medizinische, verhaltenspsychologische, didaktische, juridische, wirtschaftliche und technische Möglichkeiten für die Verhinderung und Bekämpfung von Raucherschäden, für Nichtrauchererziehung und Raucherberatung, sowie zur Förderung des Nichtraucherschutzes;

n) Beratung und Mitarbeit bei der Ausarbeitung von einschlägigen Gesetzesentwürfen, bei Verordnungen, Erlässen, Richtlinien, Normen udgl.:

o) Durchführung von Forschungsprojekten und Tabak-Kontroll-Projekten in Zusammenarbeit mit außenstehenden Organisationen, Institutionen, Einzelpersonen oder Firmen.

3) Materielle Mittel:

a) Spenden und sonstige Zuwendungen;

b) Erträge von Veranstaltungen;

c) Erträge von Sammlungen;

- d) Subventionen;
- e) Honorare.

§ 4 MITGLIEDSCHAFT

Die Mitglieder des Vereines sind ordentliche Mitglieder, die sich voll an der Vereinsarbeit beteiligen.

§ 5 ERWERB DER MITGLIEDSCHAFT

1) Als Mitglieder des Vereines können sowohl physische als auch juristische Personen aufgenommen werden. Hinsichtlich physischer Personen werden insb. Vertreter der Ärzteschaft als Mitglieder aufgenommen, sowie Personen mit besonderen Verdiensten in der wissenschaftlichen Aufklärung und praktischen Vorbeugung und Bekämpfung von Gesundheitsschäden durch Tabak (aktives oder passives Rauchen).

2) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand endgültig. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.

3) Vor der Konstituierung des Vereins erfolgt die vorläufige Aufnahme durch die Proponenten. Die Mitgliedschaft wird erst mit der Konstituierung wirksam.

§ 6 BEENDIGUNG DER MITGLIEDSCHAFT

Die Mitgliedschaft erlischt

- a) durch Tod;
- b) bei juristischen Personen durch Verlust der Rechtspersönlichkeit;
- c) durch freiwilligen Austritt und
- d) durch Ausschluss.

1) Der freiwillige Austritt kann jederzeit erfolgen; dieser ist jedoch dem Vorstand schriftlich anzuzeigen.

2) der Ausschluß kann wegen vereinsschädigenden Verhaltens vom Vorstand beschlossen werden.

§ 7 RECHTE UND PFLICHTEN DER MITGLIEDER

1) Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.

2) Das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht steht allen Mitgliedern zu.

3) Alle Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins zu fördern und alles zu unterlassen, was dem Ansehen des Vereins und der Erfüllung des Vereinszwecks schaden würde.

4) Die Mitglieder haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten.

5) Die Mitgliederrechte einer juristischen Person werden durch eine von dieser dazu beauftragten natürlichen Person ausgeübt.

§ 8 ORGANE DES VEREINS

Organe des Vereins sind die Generalversammlung, der Vorstand und die Rechnungsprüfer.

§ 9 GENERALVERSAMMLUNG

1) Die ordentliche Generalversammlung findet zumindest alle drei Jahre in den ersten fünf Monaten des Kalenderjahres statt.

2) Eine außerordentliche Generalversammlung hat auf Beschluss des Vorstandes oder der ordentlichen Generalversammlung oder auf schriftlich begründeten Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder oder auf Verlangen der Rechnungsprüfer stattzufinden.

3) Zu einer Generalversammlung sind die Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich einzuladen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand.

4) Anträge zu Tagesordnungspunkten sind mindestens eine Woche vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich einzureichen.

5) Gültige Beschlüsse - ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung - können nur zu Tagesordnungspunkten gefasst werden.

6) Jedes Vereinsmitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig. Die Generalversammlung ist bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte aller Mitglieder (bzw. ihrer Vertreter) beschlussfähig. Ist die Generalversammlung zur festgesetzten Zeit nicht beschlussfähig, findet die Generalversammlung 30 Minuten später mit derselben Tagesordnung statt, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig ist.

7) Die Wahlen und Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Stimmenmehrheit. Beschlüsse mit denen die Statuten des

Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen.

8) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der Vorsitzende der vorangegangenen Funktionsperiode, wenn auch dieser verhindert ist, der Generalsekretär, wenn auch dieser verhindert ist, das sonst (an Jahren) älteste anwesende Vereinsmitglied.

§ 10 AUFGABEN DER GENERALVERSAMMLUNG

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- a) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und des Rechnungsabschlusses;
- b) Bestellung und Enthebung der Mitglieder des Vorstandes und der Rechnungsprüfer;
- c) Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;
- d) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen.

§ 11 VORSTAND

1) Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und mindestens zwei weiteren Vorstandsmitgliedern. Zeichnungsberechtigt sind der amtierende Vorsitzende, der Vorsitzende der vorangegangenen Amtsperiode und der Generalsekretär.

2) Die Funktionsdauer des Vorstandes beginnt mit der Wahl durch die Generalversammlung und endet mit der Neuwahl des Vorstandes bei der nächstfolgenden ordentlichen Generalversammlung.

3) Der Vorstand wird vom Vorsitzenden (President), bei dessen Verhinderung vom vorigen Vorsitzenden (Past President) oder vom Generalsekretär (Secretary General) schriftlich oder mündlich einberufen.

4) Für den Vorsitz gilt § 9 Abs. 8 sinngemäß.

5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und drei von ihnen anwesend sind.

6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

7) Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (§ 11 Abs. 2) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitgliedes durch Enthebung (§ 11 Abs. 8) und Rücktritt (§11 Abs. 9).

8) Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne Mitglieder des Vorstandes von seiner Funktion entheben.

9) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt des gesamten Vorstandes wird erst mit der Wahl des neuen Vorstandes wirksam.

§ 12 AUFGABEN DES VORSTANDES

1) Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.

2) In seinen Wirkungsbereich fallen insb. folgende Angelegenheiten:

- a) Abfassung des Rechenschaftsberichtes und des Rechnungsabschlusses;
- b) Vorbereitung und Einberufung der ordentlichen und außerordentlichen Generalversammlung;
- c) Verwaltung des Vereinsvermögens;
- d) Aufnahme und Ausschluß von Vereinsmitgliedern;
- e) Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.

§ 13 BESONDERE OBLIEGENHEITEN EINZELNER VEREINSMITGLIEDER

1) Der Vorsitzende (und im Verhinderungsfall der vorige Vorsitzende oder der Generalsekretär) vertritt den Verein nach außen.

2) Schriftliche Ausfertigungen von Beschlüssen sowie Bekanntmachungen des Vorstandes sind vom Past President oder vom Generalsekretär zu unterfertigen.

3) Zur Regelung der Kompetenzen im Innenverhältnis kann sich der Vorstand selbst eine Geschäftsordnung geben.

§ 14 RECHNUNGSPRÜFER

1) Von der Generalversammlung werden zwei Vereinsmitglieder als Rechnungsprüfer für die Funktionsdauer des Vorstandes gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.

2) Den Rechnungsprüfern obliegt die Prüfung der finanziellen Gebarung des Vereins und die Berichterstattung an die Generalversammlung.

- 3) Die Rechnungsprüfer dürfen nicht dem Vorstand angehören.
- 4) Die Funktion eines Rechnungsprüfers erlischt jeweils mit dem Ende der Mitgliedschaft. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 11 Abs. 7, 8 und 9 sinngemäß.

§ 15 SCHIEDSGERICHT

- 1) In allen aus der Mitgliedschaft zum Verein entstehenden Streitigkeiten entscheidet das Schiedsgericht.
- 2) Für die Zusammensetzung des Schiedsgerichts und für das Schiedsverfahren gelten die Bestimmungen der §§ 577 bis 598 der ZPO sinngemäß.
- 3) Schiedsrichter müssen nicht Vereinsmitglieder sein.

§ 16 AUFLÖSUNG DES VEREINS

- 1) Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Generalversammlung und nur mit der in § 9 Abs. 7 der Statuten festgehaltenen Stimmenmehrheit beschlossen werden.
- 2) Der letzte Vereinsvorstand hat die freiwillige Vereinsauflösung der Vereinsbehörde schriftlich anzuzeigen, und ist im Sinne des § 26 des Vereinsgesetzes 1951 verpflichtet, die freiwillige Auflösung in einem amtlichen Blatte zu verlautbaren.
- 3) Das im Falle der Auflösung oder bei Wegfall des Vereinszwecks allenfalls vorhandene Vereinsvermögen darf in keiner wie auch immer gearteten Form den Vereinsmitgliedern zugute kommen, sondern ist vom abtretenden Vereinsvorstand dem im § 2 genannten Zwecke zuzuführen, indem es entweder einem Nachfolgeverein mit entsprechendem Vereinszweck, der Österreichischen Gesellschaft für Pneumologie für medizinische Forschungszwecke zu übergeben. Jedenfalls muss das verbleibende Vereinsvermögen ausschließlich und unmittelbar für spendenbegünstigte Zwecke im Sinne des § 4 Z. 1 lit. d und e EStG 1988 verwendet werden.